

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 3/2025

GEDENKEN AN DIE OPFER VON HIROSHIMA UND NAGASAKI

Vor 80 Jahren wurden die einzigen im Krieg eingesetzten Atombomben durch die US-Luftwaffe abgeworfen. Am 6. August 1945 über der japanischen Stadt Hiroshima und am 9. August 1945 über der japanischen Stadt Nagasaki. Hunderttausende Menschen starben sofort, bald danach oder litten oder leiden noch heute an den Folgen dieses Kriegsverbrechens.

Heute haben neun Staaten Atomwaffenarsenale und in weiteren Ländern sind diese Waffen für den Einsatz gelagert. Noch nie war die Gefahr einer neuerlichen Anwendung so groß wie jetzt. Die sog. Weltuntergangsuhr hat die Zeiger auf 89 Sekunden vor Mitternacht vorgestellt.

Gedenkveranstaltungen:

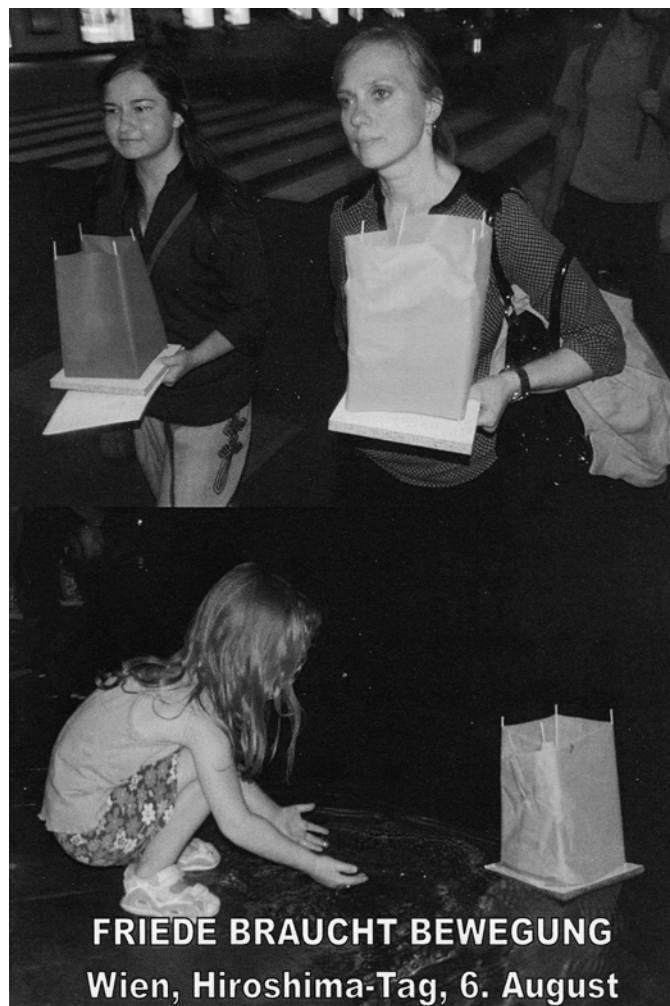
**Mittwoch, 6. August 2025, Wien, Stephansplatz
17.30 – 19.30 Uhr**

Information, Redebeiträge, Musik, Friedenslieder, CBNR-Team des Österreichischen Roten Kreuzes

danach der traditionelle **Laternenzug** zum Teich vor der Karlskirche und eine Performance einer japanischen Künstlerin.

Samstag, 9. August 2025, Wien, Buddhistische Friedenspagode, ab 20 Uhr

(Hafenzufahrtsstraße F, 1020 Wien), Lichtzeremonie



TERMINVORMERKUNG

Samstag, 30. August und Sonntag, 31. August 2025

VOLKSSTIMMEFEST, Wien, Prater, Jesuitenwiese

Stand Österreichischer Friedensrat Infos, betrifft frieden, Bücherflohmarkt

IN DIESER AUSGABE

Militarisierung in Medien und Politik

>>> Seite 3-5

Europäische Atomwaffen?

>>> Seite 6

Zukunft der Ottawa-Konvention

>>> Seite 7

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser!

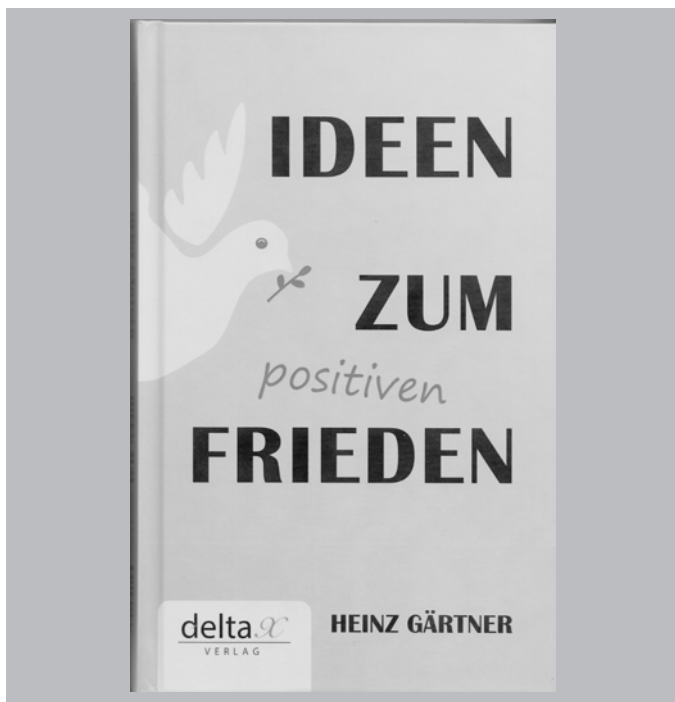
Am 14.7.2015 wurde das Wiener Übereinkommen über das **iranische Atomprogramm** von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, Russland, China mit dem Iran unterzeichnet. Es funktionierte lange Zeit mit den Kontrollen der Atomenergiebehörde. Im Gegenzug wurde die Aufhebung von Sanktionen gegen den Iran (besonders von Seiten der USA) nur mangelhaft umgesetzt. Am 8.5.2018 kündigte US-Präsident Trump das Abkommen auf. 2025 griff Israel den Iran massiv aus der Luft an und die USA setzten schwere bunkerbrechende Bomben gegen Irans Nuklearanlagen ein. Beide Angriffe waren völkerrechtswidrig und gegen ein Mitglied des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) gerichtet. Über das illegale Atomwaffenprogramm (60iger/70iger Jahre) des

NPT-Nichtmitglieds Israel spricht niemand. Eine nuklearwaffenfreie Zone Mittlerer Osten scheitert in erster Linie an den israelischen AW. Ein jetzt möglicher Waffenstillstand könnte wieder zu Verhandlungen führen.

Auf der **Luftfahrtmesse Le Bourget** (bei Paris) wurden auch Bundesheeroffiziere gesichtet. Ihr Interesse galt vor allem Drohnensystemen, Angeboten für das Luftverteidigungsprogramm Sky Shield und vielleicht schon der Eurofighter-Nachfolge. Wegen des Zick-Zack-Kurses der USA ist der Atombomber F-35 für die heimische Luftwaffe wohl aus dem Rennen. Vielleicht wird es das ebenfalls AW-fähige französische Flugzeug Rafale. Sicher ist nur, alles das kostet viel von unserem Steuergeld.

Manfred Sauer (Red.)

BUCHBESPRECHUNG



Heinz Gärtner

IDEEN ZUM POSITIVEN FRIEDEN

2025, Delta Verlag Wien, 178 Seiten,
ISBN: 978-3-903229-50-1

Der bekannte Politikwissenschaftler Heinz Gärtner (Univ. Wien) hat ein besonderes Buch geschrieben. Einerseits beschreibt der Band zahlreiche weltweite Konfliktfelder oder sicherheitspolitische Begriffe in kurzen Abhandlungen historisch und aktuell, aber gut verständlich. Andererseits möchte der Autor die üblichen militärischen Schlussfolgerungen vermeiden und stattdessen Gedanken und Vorschläge für gewaltlose und friedliche Alternativen ins Spiel bringen. Auf die Gefahr hin, dass diese neue Sichtweise aufs Erste wenig Chance auf Erfolg zu haben scheint, zählt es sich doch aus, über solche neue Ansätze zu Sicherheit und Frieden ernsthaft nachzudenken. Hunderte Jahre Weltgeschichte zeigen, dass die Vermeidung innovativer Ideen für Frieden meist zu neuer Gewalt und in neue Konflikte geführt hat. Die augenblicklich gefährliche Weltlage kann durch Drohung, militärische Gewalt und uferlose Aufrüstung nicht beruhigt werden. Dafür sind unkonventionelle Lösungen notwendig, wie sie in diesem Band angedacht werden. Das Ziel ist es, statt Gewalt und Gegengewalt zu einem positiven und gerechten Frieden zu kommen. Gärtners Ausführungen können ohne weiteres zum Beginn eines Friedensengagement animieren.

(Red.)

MILITARISIERUNG IN MEDIEN UND POLITIK

In Politik und Medien greifen Aufrüstung und Militarisierung weiter um sich. Am Beispiel des Ukraine- und des Gazakriegs zeichnet sich eine besonders unheilvolle Entwicklung ab.

Udo Bachmair

Der Ukrainekrieg und die Medien

Verstärktes Aufrüsten in Worten und Taten gibt zunehmend Anlass zur Sorge. Wachsende Kriegsrhetorik in Politik und Medien verheißen nichts Gutes. Der unheilvollen Entwicklung könnte seriöser und differenzierender Journalismus begegnen. Der Mangel eines solchen lässt sich zurzeit vor allem am Beispiel der Berichterstattung westlicher Medien zum Ukraine- und Gazakrieg belegen.

Im Fall des Ukrainekriegs wird ein russisches Bedrohungspotential herbeigeschrieben und -geredet, das angeblich ganz Europa bedroht. Hand in Hand mit einem schon traditionellen antirussischen Feindbild, an dem medial und auch seitens politischer Akteure bereits seit langem konsequent gearbeitet wird. Die enorme Aufrüstung der EU wird somit begleitet und angeheizt durch entsprechende verbale Munition mit speziell militaristischem Wording.

Putin habe die Absicht, ganz Europa zu überfallen, heißt es immer wieder seitens russophober Hardliner, unter ihnen etwa EU-Mandatar Helmut Brandstätter. Der Ex-Kurier-Chefredakteur befindet sich damit in mehr oder weniger, ja eher weniger guter Gesellschaft mit militaristischen Wortführerinnen, wie Kommissionspräsidentin Von der Leyen, der Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses der EU-Kommission, Strack-Zimmermann sowie nicht zuletzt mit Ex-Außenministerin Baerbock, die längst vergessen hat, dass die Grünen einmal Motor der Friedensbewegung waren. Die EU-Außenbeauftragte Kallas komplettiert die Riege an Kriegsrhetorikerinnen.

Ein diplomatisches Engagement der EU, diesen unnötigen Krieg zu beenden, lässt weiterhin zu wünschen übrig. Anstatt die gefährliche Lage zu kalmieren, hat der neue deutsche Kanzler Merz Öl ins Feuer gegossen mit der Ankündigung noch reichweitenstärkerer Raketen, die nun problemlos auf den Moskauer Zentralraum und andere Städte Russlands abgeschossen werden könnten. Die damit einherge-

hende Kriegsrhetorik bringt es auch mit sich, dass etwa der Begriff Frieden zu einem negativ geladenen Begriff mutiert ist. Er wird vorwiegend zu Begriffen wie Diktatfrieden oder Friedensdiktat umgemünzt.

Grundsätzlich ist klar: Kriegspropaganda betreiben immer beide Seiten eines Konflikts. Gleichgeschaltet wirkende Medien und auch zahllose PolitikerInnen gehen hingegen davon aus, dass nur Russland Kriegspropaganda betreibt, nicht aber auch die Ukraine. Daraus resultiert jener durch diverse Studien bereits mehrfach belegte Eindruck, dass in der westlichen Berichterstattung ukrainische Propaganda oft als „faktenbasiert“ präsentiert wird, russische hingegen als bloße Propaganda. Friedensrhetorik hingegen wird als naiv abgetan, eine solche würde Aggressoren, wie Putin, nur weiter ermuntern, wird argumentiert.

In Politik und Medien wird zunehmend vermittelt, dass ein Sieg der Ukraine unbedingt nötig sei, da ansonsten die Existenz ganz Europas auf dem Spiel stünde. Damit wären auch „unsere westlichen Werte“ betroffen. Aber man fragt sich, ob denn die Ukraine diesbezüglich tatsächlich Vorbild sein könne, ein Staat, der hinsichtlich Korruption und Pressefreiheit weltweit die hintersten Ränge belegt. Ungeachtet dessen wird ein Sieg gegen Russland von Politik und Medien gleichsam zur Pflicht erkoren. „Wir müssen kriegstüchtig werden“, tönt es vor allem aus Deutschland, angestimmt und befeuert auch vom SPD-Verteidigungsminister Pistorius.

Vor diesem Hintergrund verdichtet sich der Eindruck, dass auch die öffentlich-rechtlichen Medien, die zur Objektivität auch in der außenpolitischen Berichterstattung verpflichtet wären, die Politik vor sich her treiben, immer mehr und immer weiter aufzurüsten. Angesichts der enormen Profite der Waffenkonzerne sowie der Interessenslage der NATO fehlt offenbar jeglicher Wille, weiterer intensiver Aufrüstung abzuschwören. Es läge natürlich auch am russischen Präsidenten, größere Verhandlungsbereitschaft zu bekunden, auch wenn ihm der Westen noch so sehr

die kalte Schulter zeigt.

Aus Moskauer Sicht hat der Westen mit der NATO-Erweiterung bis an die Grenzen Russlands eine besonders gefährliche Entwicklung provoziert. Jede Bereitschaft und Fähigkeit scheinen dafür zu fehlen, sich auch in die Position Russlands hineindenken zu können. So wird die subjektiv gefühlte Bedrohung durch die westliche Militärallianz ebenfalls als bloße Propaganda abgetan. Diesbezügliche Einseitigkeit erscheint besonders schmerzlich dann, wenn sie in einem neutralen Staat wie Österreich gang und gäbe ist. Auch hierzulande werden besorgte Menschen, die auf Friedensverhandlungen drängen, als „russische Trolle“ verächtlich gemacht.

Schon Jahre vor dem Krieg haben westliche Medien und PolitikerInnen Russland beharrlich zu einem Feindbild hochstilisiert. Dabei helfen einzelne Begriffe und Worte, wie sie auch in der vermeintlich objektiven Nachrichtensprache verwendet werden. So werden in Meldungen und Kommentaren Äußerungen russischer Politiker tendenziell mit Prädikaten wie „behaupten“, „unterstellen“ etc. versehen. Wenn ein ukrainischer oder EU Politiker eine Stellungnahme abgibt, lauten hingegen meist die Prädikate „betonen“, „begründeten“, „erklären“ etc., also positiv geladene Begriffe.

Abermals sei bekräftigt, dass ein Angriffskrieg im 21. Jahrhundert in Europa ein absolutes „No Go“ sein sollte. Großmachtphantasien mit einem realen Krieg erzwingen zu wollen, ist menschen- und völkerrechtlich strikt abzulehnen. Krieg und Gewalt sind per se Verbrechen, besonders ein aggressiver militärischer Überfall. Das heißt aber nicht, dass automatisch nur der Aggressor Kriegsverbrechen begeht.

Leider muss sich auch der ORF manche Kritik gefallen lassen. So werden überwiegend ExpertInnen in Ö1-Journale oder ZiB 2-Sendungen eingeladen, die undifferenziert proukrainisch und militaristisch argumentieren. Damit werden auch die zahlreichen Hintergründe, die mit zum Ausbruch des Krieges 2014 bzw. 2022 geführt haben, weitgehend ignoriert. Einer der vorbildlichen Ausnahmen unter den ORF-Redakteuren ist Christian Wehrschütz. Er bleibt trotz mancher Widerstände gegen ihn beharrlich bei seinem journalistischen Ethos, objektiv zu bleiben im Sinne von Audiatur et altera pars.

Es wäre falsch, allen JournalistInnen vorzuwerfen,

sich auch in heiklen außenpolitischen Fragen nicht um Objektivität und Seriosität zu bemühen. Manchen aber scheint nicht bewusst zu sein, dass sie sich für eine Seite (pro Ukraine, pro Israel) vor den Karren spannen lassen. Unter der einfachen Devise: Die Einen gut, die Anderen böse. Somit bleibt das bereits lange aufgebaute Feindbild Russland weitgehend unverrückbar. Außenpolitische Ressorts sind personell so sehr ausgedünnt worden, dass für die Nutzung ausreichend alternativer Quellen kaum noch Zeit bleibt. So wird medial meist das präsentiert, was die großen westlichen Agenturen mit ihrem speziellen Wording vermitteln.

Nicht zuletzt aus diesem Grund polemisieren manche heimischen Medien und PolitikerInnen gegen die Neutralität. In einigen Kommentaren wird unverhohlen Stimmung aufbereitet für einen Beitritt Österreichs zur NATO. Dabei böten sich für Österreich als neutralen Staat große Chancen, Kriegsparteien an einen Tisch zu holen. Nur: Österreichs Neutralität hat massiv Schaden erlitten durch eine österreichische Außen- und „Neutralitäts“-Politik, die den Namen längst nicht mehr verdient, die sich bei globalen Konflikten jeweils einseitig positioniert.

Der Gazakrieg und die Medien

Angeichts des immer brutaler werdenden Vorgehens der israelischen Regierung unter Netanjahu wächst die Kritik an dessen Kriegskabinett mehr und mehr. Vor allem Frankreich, Großbritannien und Kanada haben gegen die Kriegsführung Israels Stellung bezogen. Auch der deutsche Kanzler Merz hat überraschend klare Worte der Kritik zur überbordenden Reaktion Israels auf das Hamas-Massaker gefunden. Das offizielle Österreich hingegen zeigt sicher eher zurückhaltend mit direkter Kritik am potentiellen Kriegsverbrecher Netanjahu.

Im Gegensatz zu Ländern außerhalb Österreichs und Deutschlands erscheint es hierzulande als absolutes Tabu, von Völkermord zu sprechen. In unseren Medien, etwa in der reichweitenstarken ZiB1 ist vorsichtig von Umsiedelung die Rede, beschönigen das Wort für Vertreibung. Experten, die klar von Völkermord und Vertreibung sprechen, wie etwa der deutsche Politologe Lüdders, werden hierzulande weitgehend verschwiegen. Irritierend erscheint auch, dass eine humanitäre Bewegung wie die Sozi-

MILITARISIERUNG

aldemokratie nicht größeren Mut fasst, die Hölle auf Erden, wie UNO-Hilfsorgane die Lage in Gaza beschreiben, klar als Kriegsverbrechen zu bezeichnen.

Ausnahme Ex-Bundespräsident Heinz Fischer, der sich beeindruckend deutlich von der rechtsextremen Regierung Israels distanziert hat. Umgehend sah er sich dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt. Nicht nur in der Servus-TV-Sendung „LinksRechtsMitte“, in der Fischer vom rechtslastigen Soziologen Heinzlmaier sowie auch von Puls 4 Chefredakteurin Milborn als dezidiert antisemitisch bezeichnet wurde, auch in einem ORF-Talk mit dem Ex-ÖVP-Abgeordneten Engelberg wurde die Antisemitismus-Keule gegen Fischer eifrig geschwungen.

Immer wieder ist auch die Rede von einem Krieg Israels gegen die Hamas. Die Realität zeigt jedoch, dass mit bereits mehr als 50.000 Toten und 100.000en Verletzten und Verkrüppelten hemmungslos vor allem die Zivilbevölkerung ins Visier genommen wird. Doch Israels Propaganda spricht von gezielten Angriffen auf Hamas-Terroristen. Umgekehrt sehen Menschen in Gaza auch die israelische Regierung als „Terrorregime“. Doch niemals würden westliche Medien einen solchen Sprachgebrauch für Israels Regierung verwenden bzw. verwenden dürfen.

Würde ein (österreichischer) Journalist es wagen,

von Angriffskrieg Israels gegen Gaza zu schreiben, bekäme er nicht nur einen gewaltigen Shitstorm zu spüren, sondern auch berufliche Existenzprobleme. „Kriegsverbrechen“, „Völkermord“ oder wie erwähnt „Angriffskrieg“ wären in Mainstream Medien absolut verpönt. Die Formulierung „Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine“ hingegen wird fast zur journalistischen Pflicht. Wenn man etwa von der sogenannten Faktencheck-Abteilung der APA ausgeht, die diese Formulierung „empfiehlt“. Die Bezeichnung „Ukrainekrieg“ sei zu neutral und verharmlose die Rolle Putins als Aggressor.

Der Versuch einer Sprachregelung als Vorgabe für einen freien und seriösen Journalismus? Einer solchen Entwicklung gilt es entgegenzuwirken.

Quelle: Vereinigung für Medienkultur (leicht gekürzt). In voller Länge erstmals von Solidarwerkstatt Linz (Redaktionsschluss Anf. Juni) veröffentlicht. Abrufbar www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/aufreueung-in-politik-und-medien

Udo Bachmair ist Präsident der Vereinigung für Medienkultur, Wien und war ORF Journalist (Ö1 aktueller Dienst, Journale) und stellv. Ö1-Infochef.

Facebook 31.5.2025

Walter Baier (Präsident Europ. Linke)

Fragen an meine Freunde, die die Politik der Netanjahu-Regierung noch immer zu rechtfertigen versuchen:

- Kann man den von Verteidigungsminister Israel Katz gestern verkündeten Plan, das Westjordanland an den israelischen Staat anzuschließen, in irgend einen logischen Zusammenhang mit dem Massaker am 7.Oktober bringen?
- Bedeutete das, dass für das Verbrechen der Hamas alle Palästinenser*innen bestraft werden, weil sie alle Terroristen und Gesindel sind? Ist nicht zutreffend, eine solche Sicht "Rassismus" zu nennen?
- Oder bestand der Plan, auch das Westjordanland zu erobern, ohnehin schon die längste Zeit, weil es keine Zweitstaatenlösung geben soll, weil es „From the river to the sea“ nur einen Staat geben darf: Groß-Israel?
- Was bedeutet das für die dort lebenden Palästinenser*innen? Dass sie auch im Westjordanland aus ihren Häusern, Dörfern und von ihren Feldern vertrieben werden sollen?
- Oder sollen sie unter israelischer Herrschaft leben, ohne demokratische Rechte und Selbstbestimmung? Sind sie also als Menschen zweiter Klasse zu betrachten?
- Dürfen wir dann ein solches System "Apartheid" nennen, ohne als Antisemit*innen verleumdet zu werden?

EIN EUROPÄISCHER NUKLEARSCHIRM? Zwischen Sehnsüchten, Hindernissen und Widerständen

Der allgemeine Aufrüstungswahnsinn führt auch zur Diskussion über eine nukleare Abschreckung der Europäischen Union (EU), besonders wenn die USA unter Präsident Trump den Nuklearschirm der NATO in Europa reduzieren oder ganz abziehen. Alternativ gibt es ein Angebot aus Frankreich, das aber noch nicht ausgereift ist.

Die Nuklearwaffenlage in (NATO-) Europa

Frankreich und Großbritannien besitzen ein eigenes Arsenal. Frankreich stützt sich mit 290 Sprengköpfen (SpK) auf Luft/Boden-Raketen als Flugzeugbewaffnung und Interkontinentalraketen (ICBM) auf Atom-U-Booten. Die Stationierungen sind in Istres, Luxeuil-les-Bains und in Île Longue. Die Atomwaffen (AW) sind national, also keine NATO-Waffen, und Frankreich nimmt nicht an den Sitzungen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO teil. Großbritannien hat 225 SpK und besitzt ICBM auf Atom-U-Booten, die in Faslane-on-Clyde (Schottland) stationiert sind. Das Land würde AW sowohl eigenständig als auch in Rahmen der NATO einsetzen. Von beiden Ländern ist immer ein U-Boot in Bereitschaft unterwegs.

Dazu kommt der Nuklearschirm der USA innerhalb der NATO im Rahmen der Nuklearen Teilhabe in fünf Staaten. Militärflugzeuge und Piloten dieser Staaten bringen Atombomben im Erstfall ins Ziel. Die Länder und vermutete SpK: Deutschland (Büchel/10-20), Belgien (Kleine Brogel/10-20), Niederlande (Volkel/10-20), Italien (Aviano/50 und Ghedi/20-40), Türkei (Incirlik/0-50). Derzeit werden die Atombomben auf „wirkungsvollere“ Modelle umgerüstet. Neue US-Kampfflugzeuge (F-35) lösen ältere Maschinen ab. Jährlich im Oktober wird der Einsatz in der NATO-Übung Steadfast Noon 2 Wochen lang geübt.

Welche Möglichkeiten gibt es?

Vorbemerkung: Alle genannten Staaten sind Mitglieder des Nichtverbreitungsvertrags (NPT). Im Art. VI desselben wird der vollständige Abbau der AW gefordert.

US-NATO-Nuklearschirm. Es bleibt der Status quo, es werden eventuell weitere SpK zugeführt und neue Typen von AW entwickelt. Ob die Langstrecken-Angriffswaffen der USA, die ab 2026 in Deutschland

stationiert werden sollen, auch nuklearfähig gemacht werden können, ist nicht bestätigt.

Einzelne Länder bauen ein eigenes Arsenal auf. Im Falle von Deutschland spräche das Grundgesetz, der 2+4 Vertrag über die Wiedervereinigung (Art. 3) und die Mehrheit der Bevölkerung dagegen. Voraussetzung wäre ein Austritt aus dem NPT.

Ein EU-Potential? Diese Variante erscheint wenig sinnvoll. Insbesondere ist die Frage offen, wer hier einen Einsatz anordnen soll: Die Ratspräsidentin, die Außenbeauftragte, gemeinsame Abstimmungen mit Einstimmigkeit oder Mehrheit usw.? Dies zeigt eher ein kafkaeskes Bild der Lage.

Ein NATO-Europaschirm (FR und GB). Frankreich hat europäischen Ländern schon mehrmals einen AW-Dialog angeboten, noch nie so deutlich wie 2025 mit einer möglichen Einbeziehung der EU in die nukleare Abschreckung. Erste Gespräche sind mit Großbritannien und Deutschland vereinbart. Eine Art nuklearer Planungsgruppe und eine Aufwertung bzw. Vermehrung der SpK (Mitfinanzierung) könnte dabei notwendig sein. Zu bedenken ist, dass GB bei den AW stark von den USA abhängig ist. AW könnten in verschiedenen Staaten gelagert werden, französische Flugzeuge wurden dann regelmäßig Stützpunkte anfliegen und bei jährlichen Übungen die EU-Staaten einbinden. Nicht-AW-Staaten könnten auflären, betanken und Luft/Boden-Einsätze fliegen. Wer über den Einsatz entscheidet, ist jedenfalls noch völlig offen.

Widerstand

Weltweit, aber besonders in den Ländern mit AW (-Lagerung), gibt schon lange Proteste gegen diese Waffen sowie deren Weiterentwicklung und Vermehrung. Bekanntlich sind alle diese AW-Staaten keine Mitglieder des Atomwaffenverbotsvertrages. Österreichs Bundeskanzler Christian Stocker hielt das französische Angebot für durchaus interessant, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner lehnte den Nuklearschirm hingegen ab. Welche Alternative hätte Österreich in der EU, wenn es so weit kommt?

(Red)

AUFRÜSTUNG GEFÄHRDET RÜSTUNGSKONTROLLE

Hält die Ottawa-Konvention?

Der 4. Juni ist der internationale Tag der Minenaufklärung und Minenaktion. Er wurde von der UNO eingeführt. Zweck ist es, an die Opfer durch Landminen zu erinnern, über die Gefahren aufzuklären, die Unterstützung für eine minenfreie Welt voran zu treiben und Staaten einzuladen, dem Verbot von Minen (Ottawa-Konvention) beizutreten. Bedingt durch die zahlreichen Kriege und sonstigen Kampfhandlungen – Russland/Ukraine, Israel/Palästina oder Myanmar usw. – ist die Zahl der Toten und Verletzten durch Minen wieder angestiegen. Im Zentrum der Erklärungen zum 4. Juni 2025 stand aber auch die Ankündigung mehrerer Vertragsstaaten, aus dem Ottawa-Abkommen auszutreten und wieder Minen zu erzeugen und zu verlegen.

Die Minenverbotskonvention – ein Erfolg der Zivilgesellschaft

Die Ottawa-Konvention ist ein Vertragswerk für ein umfassendes Verbot von Anti-Personenminen (APM) und Anti-Fahrzeugminen. Sie verbietet nicht nur Anwendung, Herstellung, Entwicklung, Lagerung und Weitergabe dieser Waffen, sondern verpflichtet die Mitgliedsstaaten auch zur Minenräumung und zur Vernichtung ihrer Arsenale. Dafür gibt es internationale Unterstützung. Für die nötige Transparenz dienen Offenlegung und Fortschrittsberichte. Jährlich finden Vertragsstaatentreffen statt und alle fünf Jahre eine Überprüfungskonferenz.

Die Konvention wurde am 18.9.1997 in Oslo beschlossen und am 3.12. und 4.12.1997 in New York bei der UNO erstmals zur Unterzeichnung durch die Staaten aufgelegt. Das Inkrafttreten erfolgte nach den Bestimmungen der Konvention am 1.3.1999. Derzeit sind 164 Staaten Mitglieder des Vertrags. Der jahrelange Einsatz unzähliger zivilgesellschaftlicher Organisationen in zahlreichen Ländern für ein Verbot führte letztlich zum Erfolg: Minen wurden vernichtet, die Erzeugung ging zurück und die Firmen konzentrierten sich auf Methoden und Verfahren der Minenaufklärung und Entschärfung.

Österreich war einer der ersten Staaten mit einem nationalen APM-Verbot. Bereits 1995 fanden sich zahlreiche Organisationen zu gemeinsamen Aktio-

nen und Forderungen zusammen. Das Bundesheer hatte seine Bestände bereits entsorgt, mit Ausnahme der sogenannten Richtsplinterladungen. Trotzdem gab es politischen Widerstand aus den Reihen der FPÖ und der ÖVP. Doch der öffentliche Druck, auch durch eine Bürger/innen-Petition an das Parlament, führte am 13.12.1996 zu einem Gesetz, welches im Parlament mit überwiegender Mehrheit beschlossen wurde. Am 1.1.1997 trat das Bundesgesetz zum Verbot von Anti-Personenminen in Kraft. Das Engagement für ein weltweites Verbot erfolgte weiterhin. Österreich unterstützt bis heute zahlreiche Projekte zur Minenräumung und Opferhilfe.

Hält die Ottawa-Konvention?

Nun ist aktuell eine neue Situation eingetreten. Einige Vertragsstaaten der Konvention vollziehen ihren Austritt. Es sind dies Finnland – das neue NATO-Mitglied –, Polen und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Bedingt durch den Russland/Ukraine-Krieg und den neuen Aufrüstungsmaßnahmen wollen die Länder alle militärischen Möglichkeiten nützen können. Die Minen würden insbesondere an den Grenzen verlegt werden. Das Verlassen der Konvention tritt sechs Monate nach Hinterlegung der Rücktrittsurkunde bei der UNO in Kraft. Die tödliche Gefahr der Minen verbreitet sich auch in Europa. Die Intention der Konvention wird damit unwirksam. Russland ist Nichtmitglied, die Ukraine verlässt aktuell die Konvention ebenfalls.

Diese Austritte könnten weitere Staaten zu einem solchen Schritt ermuntern. Minen werden wieder salonfähig. Damit wäre auch im Bereich der Verträge der konventionellen Rüstungskontrolle eine Erosion Tür und Tor geöffnet. Die Tendenz bei den neuen Aufrüstungsprogrammen geht auch in die Richtung, Waffenfertigung als nachhaltig und nützlich einzustufen. Die Finanzierung über Banken und der Erwerb von Rüstungsaktien soll die Rüstung unterstützen. Ein paar „Krüppel“ mehr spielen da keine Rolle. Eine Schande!

(Red)

ZITATE

„Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens“.

Thomas Mann (1875-1955)

"Jedes Geschütz, das gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel läuft, jede Rakete, die abgefeuert wird, bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen haben, an denen, die frieren und nicht gekleidet sind. Diese bewaffnete Welt gibt nicht nur Geld aus. Sie gibt den Schweiß ihrer Arbeiter, das Genie ihrer Wissenschaftler, die Hoffnungen ihrer Kinder aus. Ein moderner schwerer Bomber kostet so viel wie eine moderne Backsteinschule in mehr als 30 Städten. Es sind zwei Elektrizitätswerke, die jeweils eine Stadt mit 60.000 Einwohnern versorgen. Es sind zwei gute, voll ausgestattete Krankenhäuser. Es sind etwa 50 Meilen Betonautobahn. Wir zahlen für ein einziges Kampfflugzeug mit einer halben Million Scheffel Weizen. Wir bezahlen für einen einzigen Zerstörer mit neuen Häusern, die mehr als 8.000 Menschen hätten beherbergen können. Dies ist, ich wiederhole es, die beste Lebensweise, die man auf dem Weg finden kann, den die Welt eingeschlagen hat. Das ist überhaupt keine Lebensweise im eigentlichen Sinne. Unter der Wolke des drohenden Krieges ist es die Menschheit, die an einem eisernen Kreuz hängt“.

Dwight D. Eisenhower, 34. Präsident der USA
bei einer Rede vor der American Society
of Newspaper Editors, 1953



Für eine atomwaffenfreie Welt

Quelle: Archiv betrifft frieden

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein
Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1060 Wien, Webgasse 37/3/5/42

In dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Udo Bachmair, Walter Baier,
Heinz Gärtner, Manfred Sauer
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100%
Verein Österreichischer Friedensrat.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie
tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und
soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fra-
gen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

**betrifft frieden Jahresbezug (mind. 4 Ausgaben) Euro 16.--
(ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)**

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG

**Mitteilungen an ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
pax.vienna@chello.at**

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien

Österreichische Post AG

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 3/2025 P.b.b. MZ 20Z041963M

**Unzustellbare Exemplare bitte an:
Österr. Friedensrat, Sauer, 1060 Wien,
Webgasse 37/3/5/42**